

Bürgerinteressengemeinschaft Gartenstadt/Glemstal e.V.

Ewald Thoma

1. Vorsitzender

Schwabstr. 22

71229 Leonberg



Leonberg, den 8.1.2016

Herrn Oberbürgermeister Schuler
und die Damen und Herren
des Gemeinderats Leonberg

Beabsichtigte Verlegung des Wertstoffhofs in die Gartenstadt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,

Mit großer Verwunderung haben wir die Presseberichte zur beabsichtigten Verlegung des Wertstoffhofs vom bisherigen Standort am Bahnhof auf den Grünbereich am Aldi-Kreisel gelesen. Offensichtlich gibt es dazu bereits sehr konkrete Pläne, welche in einem Schreiben des Landrats an die Gemeinderäte der Stadt Leonberg dargelegt werden und in der nächsten Gemeinderatssitzung vorgestellt werden sollen. Damit ist zu befürchten, dass die Gartenstadt und das Glemstal eine weitere Einrichtung erhält, welche unseren Stadtteil zusätzlich belastet und seinen Einwohnern eine Grünfläche wegnimmt, welche diese zu Erholungs- und Freizeitaktivitäten und als Spielplatz für die Kinder dringend benötigen.

Die Gartenstadt ist bereits durch Straßen- und Bahnverkehr und den Rettungshubschrauber (siehe Lärmkartierung) sowie durch die kreiseigenen Einrichtungen erheblich vorbelastet. In den letzten Monaten sind nun das Obdachlosenheim am Aldi-Kreisel und die Flüchtlingsunterkünfte des Kreises auf dem Gelände des Berufsschulenzentrums hinzugekommen. Weitere Unterkünfte sind dort geplant. **Damit trägt der relativ kleine Stadtteil mit großem Abstand die Hauptlast bezogen auf die Anzahl der untergebrachten Obdachlosen- und Flüchtlinge in Leonberg.** Darüber haben sich die Bürger der Gartenstadt bisher nie beklagt. Ganz im Gegenteil: Es ist mit dem 'Netzwerk Gartenstadt' eine vorbildliche ehrenamtliche Initiative entstanden, welche erheblich zur Bewältigung der damit verbundenen Probleme beiträgt. **Anscheinend wird diese Hilfsbereitschaft so (miss)verstanden, dass man der Gartenstadt nun noch weitere Lasten aufbürden könne.**

Dies ist nicht mehr hinnehmbar. Das Maß ist voll, zumal wir die Erfahrung gemacht haben, dass wir bei Problemen in unserem Stadtteil von der Stadt und dem Kreis seit Jahren weitgehend im Stich gelassen werden.

So sind z.B. die Probleme im Zusammenhang mit den kreiseigenen Einrichtungen oberhalb der Gartenstadt seit vielen Jahren nicht gelöst. Der Fußgänger- und Fahrradweg vom Bahnhof dorthin führt mitten durch das Wohngebiet und gleicht an manchen Stellen einer Müllkippe. Für den Reinigungs- und Winterdienst in der Schwabstraße werden die Anwohner in vollem Umfang verantwortlich gemacht, obwohl dies völlig unverhältnismäßig ist. Nur durch Klage vor Gericht ist es bisher gelungen, zumindest die Reinigung der Treppenanlagen durch die Stadt zu erreichen. Nächtliche Ruhestörungen sind gang und

1. Vorsitzender : Ewald Thoma
☎ Priv. 07152 / 31027
☎ Mobil 0171 / 4025272
Mail ewald.thoma@t-online.de
2. Vorsitzender: Achim Ziegler
☎ Priv. 07152 23222

Internet: www.leobigg.de
Mail: info@leobigg.de

Bankverbindung:
BiGG
Volksbank Region Leonberg
BLZ: 603 903 00
Kto.: 814 044 000



gäbe, manchmal geht es bis hin zu Vandalismus. Die Schwabstraße ist oft von Besuchern zugeparkt, obwohl sie nur von Anliegern benutzt werden darf, die Silberstraße wird verbotenerweise als Abkürzungsstrecke missbraucht, der Rettungshubschrauber fliegt häufig direkt über die Gartenstadt usw. **Diese Probleme werden zumindest teilweise durch die hohe Zahl neu hinzugekommener Flüchtlingen verschärft.** Um nicht missverstanden zu werden: Die Flüchtlinge verhalten sich bisher, verglichen mit vielen anderen Passanten, meist vorbildlich. Aber alleine schon ihre große Zahl ist für das Wohngebiet eine zusätzliche Belastung und es gibt natürlich auch unter den Flüchtlingen 'Schwarze Schafe'. Es droht eine Art von Ghettobildung, welche längerfristig sicherlich weder für unseren Stadtteil noch für die Gesamtstadt gut ist. **Im vergangenen Jahr wurde nun am Aldi-Kreisel zusätzlich zum Obdachlosenheim an der Clausenmühle ein weiteres Obdachlosenheim errichtet,** welches dort das Stadtbild verschandelt und zusammen mit den dort bereits länger bestehenden Gebäuden eine regelrechte Obdachlosensiedlung bildet, obwohl das dortige Gelände als landwirtschaftliche Fläche vollständig zum Außenbereich gehört und daher eigentlich nicht bebaut werden dürfte.

Vor diesem Hintergrund haben wir kein Vertrauen mehr in irgendwelche Versprechungen von Behörden, wie sie auch jetzt wieder in dem Brief des Landrats gemacht werden. Lärmschutz ist an diesem Standort z.B. kaum wirkungsvoll möglich, da die angrenzenden Häuser sich den Hang hinaufziehen. Der Bolzplatz und der Spielplatz würden den vielen Jugendlichen und den Kindern und Eltern der Gartenstadt ersatzlos weggenommen. Ein Standort für einen Ersatzspielplatz ist in dem Brief nicht genannt, weil es im Stadtteil offensichtlich keinen gibt. Die verbleibende Restfläche wäre für einen Bolzplatz viel zu klein und würde zu nahe an die Straße rücken. Ersatz an einem weit entfernten Standort wäre aber eine Farce. Über kurz oder lang würde dann sicherlich auch noch der kümmerliche Rest des Grünbereichs für irgendwelche Bauzwecke gebraucht – vielleicht für weitere Obdachlosen- oder Flüchtlingscontainer oder die Erweiterung des Wertstoffhofs. Der gesamte Bereich wäre zweckfremd zugebaut und das viele Geld für die Offenlegung der Glems zum Fenster hinaus geworfen.

Die Gartenstadt ist ein Stadtteil mit vielen jungen Familien. **Wir brauchen daher diese Grünfläche dringend, nicht zuletzt auch weil es die einzige Gemeinschaftsfläche in der Gartenstadt ist.** Es gibt keine städtische Einrichtung für die Begegnung der Menschen in der Gartenstadt und das evangelische Gemeindehaus, welches dafür bisher genutzt werden konnte (auch von unserem Verein) soll in absehbarer Zeit aufgegeben werden.

Unabhängig davon stellen wir in Frage, ob der Bau eines Wertstoffhofs an dieser Stelle überhaupt zulässig ist.

Im Flächennutzungsplan ist das Gelände als Grünfläche ausgewiesen. Gleichzeitig ist der gesamte Bereich nördlich der Bahn zwischen der Rutesheimer Straße und der Gebersheimer Straße eine so genannte Umstrukturierungsfläche. Mit dieser Kennzeichnung sind lt. aktuellem Flächennutzungsplan folgende Ziele verbunden:

„Die Bereiche Bahnhof und Berliner Straße stellen zwei weitere wichtige Bindeglieder im



Stadtgefüge der Stadt Leonberg dar.

*Eine Entwicklung im Bereich Gartenstadt erfordert im Besonderen eine Verbesserung der Anbindung für Fußgänger und Radfahrer. Der **Bahnhofsbereich** stellt hier ein wesentliches Bindeglied dar. Darüber hinaus soll vor allem der öffentliche Raum aufgewertet werden. Insbesondere die Glems als **wichtiger Frei- und Erholungsraum** soll in eine Entwicklungskonzeption eingebunden werden. Dies gilt auch vor dem Ziel einer durchgängigen Wegeverbindung entlang der Glems.“*

Damit widerspricht der Flächennutzungsplan eindeutig der Absicht, dort einen Wertstoffhof zu bauen. Dies betrifft wohlbemerkt den gesamten Bereich – einschließlich der kleinen Gewerbefläche entlang des Bahngeländes. Nachdem bereits die Obdachlosensiedlung auf der anderen Seite der Gebersheimer Straße im Außenbereich gebaut wurde, stellen wir fest, **dass der Flächennutzungsplan offensichtlich bei uns in der Gartenstadt nicht das Papier wert ist, auf dem er steht. Ein Wertstoffhof ist ein Gewerbebetrieb und gehört daher in ein Gewerbegebiet. Er hat auf einer Grünfläche in einem Wohngebiet nichts verloren. Die Stadt und der Landkreis sind an den Flächennutzungsplan gebunden und dürfen sich nicht auf solche Weise billiges Bauland durch die Hintertür erschleichen.**

Wir weisen auch darauf hin, dass der Wertstoffhof **erheblichen zusätzlichen Verkehr** anziehen würde und dadurch die Gartenstadt **noch mehr Lärm und Schadstoffe ertragen müsste als dies bereits jetzt der Fall ist.** Nahezu alle Besucher des Wertstoffhofs kommen mit dem Auto. Im Brief des Landrats wird von mehr als 1000 Besuchern pro Tag gesprochen. Insbesondere die Gebersheimer Straße ist im Bereich der Gartenstadt bereits heute oft überlastet. Statt dem beklagten Stau auf der relativ wenig befahrenen Bahnhofstraße hätten wir dann möglicherweise den Stau im Aldi-Kreisel und auf der viel stärker befahrenen Gebersheimer Straße.

Darüber hinaus liegt der Standort sehr nahe an der Glems. Er ist zwar derzeit nicht als Überschwemmungsgebiet ausgewiesen, aber durch den Bau der Obdachlosencontainer ist dort ein Retentionsraum verloren gegangen. Daher und sollte die Hochwassersicherheit in diesem Bereich ohnehin neu überprüft werden. Auch generell ist der **Einfluss des Wertstoffhofs auf die Umwelt und speziell auf die Glems zu prüfen (z.B. giftiges Löschwasser bei Brand, Lärm usw.)**. Beim bisherigen Standort des Wertstoffhofs kommt es oft vor, dass bei stärkerem Wind Müll (Plastikfolien usw.) weggeweht wird. Am neuen Standort würde er direkt in der Glems landen. Die Glems und der Glemshang sind in diesem Bereich ohnehin zu einer wilden Müllkippe verkommen, um die sich keine Behörde kümmert, sondern allenfalls die Bürger in Form einer jährlichen Putzete, welche aber für normale Bürger nicht mehr zumutbar und zu gefährlich ist.

Weiterhin stellen wir die Frage, ob eine Verlegung des Wertstoffhofs überhaupt notwendig ist. So sind wir der Überzeugung, dass bei einer Umstellung des Müllsystems von einem Bring-System auf ein Holsystem der bisherige Wertstoffhof ausreichen würde. Die Kosten für einen Neubau könnten dadurch gespart werden und der Umwelt würde es auch



besser helfen, da die vielen Individualfahrten sich erheblich reduzieren würden. Darüber hinaus sollte versucht werden, mit der Bahn AG über eine Erweiterungsmöglichkeit auf dem Bahngelände zu verhandeln. Dort liegen 2 Gleise, welche seit Jahrzehnten nicht mehr benutzt wurden und sogar teilweise abgebaut sind. Im Übrigen sind wir keineswegs davon überzeugt, dass das bevorstehende neue Wertstoffgesetz auf die Wertstoffhöfe keine Auswirkungen haben wird. Vor der Verabschiedung des Gesetzes eine solche Entscheidung zu treffen, könnte ein Schildbürgerstreich werden. Der Kreis Böblingen sollte endlich seine Sturheit aufgeben und sich ernsthaft überlegen, ob er weiterhin **als Müll- Geisterfahrer gegen alle anderen Landkreise** unterwegs sein will.

Das wichtigste Gut einer Stadt ist das friedliche Zusammenleben. Einer der wichtigsten Grundsätze dafür ist eine gerechte Verteilung der Lasten innerhalb der Stadt. Diesen Grundsatz sehen wir bereits heute in Gefahr. Statt Sonntagsreden zu halten oder ihnen wohlwollend zuzuhören, bitten wir Sie daher, konkret in diesem Sinne zu handeln und der Gartenstadt nicht noch weitere Lasten aufzubürden.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, in der Gemeinderatssitzung vom 26.1.2016 **gegen den Bau eines Wertstoffhofs an diesem Standort zu stimmen oder zumindest keine Entscheidung zum Bau des Wertstoffhofs zu treffen.** Sollte die Sache trotzdem weiter verfolgt werden, bitten wir Sie,

- das Verfahren zur Suche eines geeigneten Standorts für einen neuen Wertstoffhof den Bürgern offen zu legen, insbesondere
 - Die Auswahlkriterien
 - Die dazugehörige Abwägung
 - Die Begründung dafür, warum angeblich seit vielen Jahren kein Standort in einem Gewerbegebiet gefunden wurde
 - Die Begründung dafür, dass wenn schon eine Grünfläche ausgewählt wurde, keine andere städtische Grünfläche in Frage gekommen ist
- die Auswirkungen auf den Verkehr und die Umwelt vor einer Entscheidung untersuchen zu lassen,
- die Bürger der Gartenstadt vor der Entscheidung zu einer Bürgerversammlung einzuladen, um sie zu informieren und Gelegenheit zur ausführlichen Diskussion zu geben

Dies ist ein offener Brief. Daher werden wir ihn insbesondere an die Presse weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen

Ewald Thoma
1.Vorsitzender

Achim Ziegler
2.Vorsitzender